



## IDEENWETTBEWERB

*Worauf reagiert Politik? Eine Frage, die sich jeder engagierte Staatsbürger regelmäßig stellt. Reagiert Politik auf Vernunft, werden Ideen, die als unwiderlegbar nützlich anerkannt werden müssen, aufgenommen und umgesetzt oder braucht es zusätzlichen Druck durch die Öffentlichkeit? Die Antwort überlasse ich Ihnen persönlich.*



Dr. Hans Kronberger  
office@kronberger.net

Aber die Medien sind auf jeden Fall dazu verpflichtet, zukunftsweisende Informationen an Publikum und Politik heranzutragen. In der vergangenen Nummer wurde eine Studie der Beratungsfirma McKinsey vorgestellt, die errechnet hat, dass eine thermische Sanierung von Altbauten nicht nur den Investor nichts kostet, sondern Nettogewinne von 150 Euro pro eingesparte Tonne CO<sub>2</sub> erzielt werden. Die Politik ist gefordert, die entsprechenden Rahmenbedingungen bereitzustellen oder die Studie zu widerlegen. Wissentliches Nichthandeln ist fahrlässig. Noch nie in der Geschichte ist so viel über Klimawandel, Naturkatastrophen und nicht wieder gutzumachende Beschädigung des Planeten geschrieben worden wie im vergangenen halben Jahr. UNO-Konferenzen über den maroden Zustand des Erdballs haben aufhorchen lassen. Doch was kommt danach? Ist das Donnerergrollen vorbei, wird wieder zum Alltag wie gehabt übergegangen. An dieser Stelle soll wieder ein Vorschlag vorgestellt werden, der es wert zu sein scheint, zumindest öffentlich diskutiert zu werden.

Vorweg: Ein heikles Thema ist die Schwarzarbeit. Nach dem Krieg war die Nachbarschaftshilfe ein unerlässliches Mittel zur Schaffung eines Daches über dem Kopf und auch ein Zeichen der Solidarität. Heute hat Schwarzarbeit viel mit illegaler Beschäftigung mit durchaus substanziellen Risikofaktoren zu tun. Finanzminister Molterer hat erst vor Kurzem angekündigt, die Steuerfahndungstruppen stark auszubauen. Aber dies beantwortet natürlich nicht die Frage, ob man vonseiten des Staates nicht Modelle anbieten kann, die Schwarzarbeit nicht mehr lukrativ machen. Wegschauen allein ist zu wenig. Die Tatsache, dass Entscheidungen im Wohnbaubereich im Wesentlichen Landessache sind, macht die Sache zwar nicht einfacher, aber auch für die „Landesfürsten“ (eine ist Fürstin) soll die Sache im Vordergrund stehen. Und überhaupt, es wäre längst an der Zeit, dass zukunftsorientierte Entscheidungen aus dem parteipolitischen Hickhack herausgehalten werden.

Der Bereichssprecher der ÖVP im Parlament, Dr. Peter Sonnberger, lässt mit einem Vorschlag aufhorchen, der auch für andere Parteien vertretbar sein müsste. Er meint, der Sanierung von zirka 600.000 Ein- und Zweifamilienhäusern sei vorrangiges Augenmerk zu widmen. Die Sanierungsmaßnahmen sollen mithilfe von zehnjährigen Bauspardarlehen und staatlichen Annuitätzuschüssen (angedacht sind 25 Prozent der Investitionssumme) durchgeführt werden.

Erstens soll dadurch die Sanierung erschwinglich bis lukrativ werden. Zweitens muss zum Erhalt des Zuschusses mit professionellen Handwerkern gearbeitet werden, damit wird die Schwarzarbeit unattraktiv. Gewinnen würde bei diesem Vorschlag der Bürger als Sanierer, das Gewerbe als Durchführende, die Bausparkassen und – ebenso nicht unwichtig – der Finanzminister, also der Staat. Warum der Staat? Erstens durch die Steuereinnahmen (sowohl Mehrwertsteuer beim Material als auch bei den entsprechenden Dienstleistungen), zweitens durch Einsparungen bei den verminderten Arbeitslosenkosten. Abgeordneter Sonnberger bringt es auf den Punkt: „Eine Milliarde Euro, zusätzlich in den Wohnbau investiert, bedeutet die Schaffung von bis zu 12.000 Arbeitsplätzen, wodurch weitere Einnahmen des Staates gesichert wären. Durch dabei notwendige Rechnungslegungen würde die Schwarzarbeit in diesem Bereich zurückgehen.“

In der Fachsprache nennt man ein Konzept, bei dem es nur Nutznießer gibt, „All-winner“-Programm. Solche Programme gehören selbstverständlich kritisch diskutiert, eventuelle Bedenken ans Tageslicht gebracht. Hält die Idee dem Widerspruch stand, wird sie nur noch stärker. In einer ersten Runde wird Sonnberger seine Idee vor Vertretern der vier österreichischen Bausparkassen präsentieren, und zwar im so genannten „NeustifterKreis | Denkzentrum für eine lebenswerte Zukunft.“, einem Verein, der sich zum Ziel gesetzt hat, Zukunftsideen zu präsentieren.

Das Ergebnis werden Sie nachlesen können unter [www.neustifterkreis.at](http://www.neustifterkreis.at)